



Regierungsratsbeschluss vom 20. September 2022

Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!"

P211523

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Dem Grossen Rat wird beantragt, die Volksinitiative «Hafen für alle – Freiräume statt Luxusprojekte», sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Ablehnung zur Abstimmung vorzulegen.

Begründung

Die unformulierte Volksinitiative «Hafen für alle – Freiräume statt Luxusprojekte!» möchte für mindestens 90 Prozent der Fläche der geplanten Stadtquartiere am Klybeck- und Westquai die erlaubten Nutzungen festlegen. Diese Vorgabe lässt in der weiteren Planung kaum Handlungsspielraum für die Mitwirkung der Bevölkerung und der Politik. Zudem würde die Nutzungsvielfalt, die es für einen funktionierenden Stadtteil braucht, deutlich eingeschränkt. Für Schulen, Kindertagesstätten, Läden, Gewerbe, Arztpraxen oder klassische Mietwohnungen stünden höchstens zehn Prozent der Fläche zur Verfügung.

Die Regierung unterstützt das Ziel der Initiative, einen «Hafen für alle» zu ermöglichen, wo Wohnen, Kultur und Gastronomie sowie Grünflächen Platz haben. Gleichzeitig müssen für ein funktionierendes Stadtquartier aber auch weitere Nutzungen möglich sein. Dieser Anspruch ist im 2019 veröffentlichten städtebaulichen Konzept «Eine Stadterweiterung am Rhein» abgebildet und wird zusammen mit der Bevölkerung schrittweise in den nächsten Jahren konkretisiert.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat deshalb, die Volksinitiative «Hafen für alle – Freiräume statt Luxusprojekte», sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Ablehnung zur Abstimmung vorzulegen.

